

Vermerk zur Stellungnahme der UNB des Hochsauerlandkreises zum Antrag gemäß § 16b BImSchG für die Errichtung von zwei WEA und den Abbau einer WEA im WP „Giershagen“

Datum: 11.12.2025

Projekt: Genehmigungsantrag (Az.: 42.40703-2004-04) der Windpark Giershagen GmbH & Co. KG

Bezug: Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zur artenschutzrechtlichen Prüfung (ASP) der Stufe II in der Fassung vom 28.11.2024; Fachbeitrag zur Natura 2000-Prüfung in der Fassung vom 28.11.2024; Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) in der Fassung vom 12.12.2024; UVP-Bericht in der Fassung vom 12.12.2024; Stellungnahme der UNB vom 28.03.2025; Vermerk zur Stellungnahme der UNB HSK vom 17.06.2025; Vermerk zur Planungsänderung im Repowering-Projekt im Windpark „Giershagen“ vom 30.06.2025; Vermerk zum Kompensationskonzept vom 03.11.2025; Stellungnahme der UNB vom 17.11.2025

Die Windpark Giershagen GmbH & Co. KG beabsichtigt die Errichtung und den Betrieb von zwei WEA (WEA 02 und 03) und den Rückbau einer Altanlage. Es ist je eine WEA des Typs Enercon E-175 EP5 E1 vorgesehen. Der Anlagentyp hat mit einem Rotordurchmesser von 175 m und einer Nabenhöhe von 162 m eine Gesamthöhe von ca. 249,5 m sowie eine Höhe der Rotorunterkante von ca. 74,5 m. Bei der abzubauenen WEA handelt es sich um den Anlagentyp Micon M 700 mit einem Rotordurchmesser von ca. 30 m, einer Nabenhöhe von etwa 30 m, einer Gesamthöhe von ca. 45 m sowie einer Höhe der Rotorunterkante von etwa 15 m. Die Anlage wurde mit der Baugenehmigung vom 18.11.1994 (Az.: 02055-94-51) genehmigt und ist seit 1995 in Betrieb.

Der vorliegende Vermerk kommentiert das Schreiben der unteren Naturschutzbehörde vom 17.11.2025 (Az.: 47/61.95.62/1 (29/2025)) hinsichtlich der naturschutz- und artenschutzfachlichen Aspekte. Sachdienliche Hinweise der UNB werden in die Antragsunterlagen mit aufgenommen.

I. Eingriff in den Naturhaushalt

a. Eingriffsbilanzierung

Der Hinweis zu den temporären Kranauslegern wird zur Kenntnis genommen. Jedoch sind den amtlichen Lagepläne keine entsprechenden Informationen zu entnehmen. Nach Aussage des Antragsstellers sind in beiden Lageplänen ausreichend Flächen zum Aufbau des Kranauslegers dargestellt. Teilweise erfolgt der Aufbau des Kranauslegers über vorhandene Wirtschaftswege.

Der Wunsch einer Karte mit den Biotoptypen im Planzustand wird zur Kenntnis genommen und eine entsprechende Karte 1 ist dem Vermerk angehängt. Dabei sei angemerkt, dass sich daraus kein neuer Erkenntnisgewinn gegenüber der vorliegenden Karte „Biotoptypen und Bauflächen“ ergibt und insofern für die Sachverhaltsermittlung bzw. die Abarbeitung der Eingriffsregelung unerheblich ist. Die geforderte Darstellung ist aus fachlicher Sicht überflüssig.

b. Kompensation

Der Hinweis zur Mähwiese wird zur Kenntnis genommen und die Nutzungsoptionen und -einschränkungen im Vermerk zum Kompensationskonzept (SCHMAL + RATZBOR, 2025A) sind wie folgt auszutauschen:

- Mähwiese:
 - Spätestens im dritten Jahr im ersten Nutzungszyklus wird zu einer zweimaligen Mahd (zur Hauptblütezeit der Gräser, ab 15.06, dem 01.07. oder dem 15.07 und Spätsommer¹) gewechselt, wenn eine ausreichende Aushagerung erfolgt ist und die Aufwuchsmenge keine dreimalige Mahd mehr erforderlich macht (Pakete 5163 bis 5168).
 - Die Mahd ist von innen nach außen bzw. einer Seite aus vorzunehmen.
 - Das Mähgut ist frühestens nach 1-2 Tagen auf der Fläche zu entfernen, optimalerweise nach Trocknung (Absamung) auf der Fläche, alternativ sind auch die Nutzung im Portionsschnitt als Futter oder die Nutzung in der Biogasanlage möglich. Das Mahdgut darf max. 14 Tage auf der Fläche verbleiben.
 - Bei Überwinterung der Bestände sind diese vor dem Winter auf eine Länge unter 10 cm einzukürzen.
 - Ca. 10 % des Bestandes bleiben bei jeder Mahd in wechselnden Streifen stehen, da diese wichtige Rückzugshabitate für Kleintiere darstellen.
- Mähweide:
 - Alternativ erster Schnitt ab Mitte Juli, das Mähgut ist abzufahren. Die Mahd ist von innen nach außen bzw. einer Seite aus vorzunehmen. Ansonsten sind die Vorgaben zur Mähwiese anzuwenden.
 - Anschließende Weidenutzung mit maximal zwei Großvieheinheiten (GV) pro Hektar mit der entsprechenden Anzahl von Tieren. Pferde als Weidetiere sind nicht zulässig. Die Zufütterung der Weidetiere ist nicht gestattet (Pakete 5131 bis 5146).
- Standweide:

¹ Empfohlener Schnitt im Herbst (Ende September/Oktobre) oder vor dem Frühjahr (bis Ende März).

- Alternativ ist auf der Fläche die Beweidung der Grünlandfläche im Zeitraum vom 01.04. bis 15.07. eines jeden Jahres mit maximal 2 GVE/ha zulässig. Pferde als Weidetiere sind nicht zulässig. Die Zufütterung der Weidetiere ist nicht gestattet (Pakete 5131 bis 5146).
- Bei Bedarf ist ab dem 15.07. eine Pflegemahd durchzuführen, wobei das Mähgut zu entfernen ist.
- Die Fläche darf nicht unbewirtschaftet liegengelassen werden, keine Verbrachung.
- Die Flächen bzw. die Eckpunkte der Fläche sind mit Eichenspaltlingen (1 m hoch ab Bodenniveau) zu kennzeichnen, um ein versehentliches Befahren zu vermeiden.
- Auf mineralische Düngung sowie die Verwendung von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln ist ganzjährig zu verzichten. Der Einsatz von NPK- oder PK-Dünger, bevorzugt Stallmist oder Kompost, ist ggf. bei Bedarf zuzulassen.
- Bei einer Massenentwicklung von Weideunkräutern (z.B. Kratzdisteln) ist jährlich vor der Hauptblütezeit eine mechanische Bekämpfung durchzuführen. Diese mechanische Bekämpfung ist nur gezielt einzusetzen und nicht pauschal auf der gesamten Fläche.

Bei Problemen sind Abweichungen und Ausnahmen von den Auflagen im Einzelfall und nur im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde zulässig. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass frühere und häufigere Mahdtermine bzw. höhere Viehdichten einer Zustimmung durch die untere Naturschutzbehörde bedürfen.

II. Eingriff in das Landschaftsbild

a. geplante WEA 03

Der Einschätzung der UNB bezüglich der Annahme, wann und welche Windenergieanlagen in einem räumlichen Zusammenhang errichtet und betrieben werden, ist nach den Vorgaben des Windenergieerlasses NRW weiterhin deutlich zu widersprechen.

So besteht nach dem Windenergieerlass NRW (MWIDE, MULNV & MHKBG (2018), Kap. 8.2.2.1) ein räumlicher Zusammenhang, im Sinne eines Windparks, wenn WEA nicht weiter als das Zehnfache des Rotordurchmesser voneinander entfernt stehen. Dabei wird nicht zwischen bestehenden WEA und genehmigten WEA gegenüber beantragten WEA unterschieden. Es geht vielmehr um die Frage, ob die – auch von unterschiedlichen Vorhabenträgern – beantragten WEA einen Windpark darstellen oder im Zusammenwirken mit bestehenden Anlagen eine Erweiterung des Windparks bewirken. Je nach Ergebnis der Prüfung ergeben sich daraus unterschiedliche Rechtsfolgen. Eine Unterscheidung, wie sie die UNB postuliert, würde dazu führen, dass, wenn mehrere Windenergieanlagen von verschiedenen Antragsstellern einzeln beantragt werden, diese nicht als Windpark anzusehen wären. Dies ist vor dem Hintergrund der Definition eines Windparks bzw. kumulierenden Vorhaben nach dem Windenergieerlass NRW und dem UVPg, wonach jeweils zwischen Einzelanlagen (ein bis zwei WEA) und Windparks (drei bis fünf WEA und mehr als sechs WEA) unterschieden wird, sowie der Wirkzone moderner WEA und der nicht Ausgleichbarkeit des Eingriffs in das Landschaftsbild² realitätsfern und fachlich auch nicht begründbar. Entsprechend

² Der Windenergie-Erlass vom 08.05.2018 (MWIDE, MULNV, MHKBG (2018)) geht davon aus, dass Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes, die von Windenergieanlagen verursacht werden, welche höher als 20 Meter sind, in der Regel nicht ausgleichbar oder ersetzbar sind.

werden im konkreten Fall auch die Auswirkungen durch Schall- und Schattenemissionen gemeinsam für den gesamten WP „Giershagen“ betrachtet.

Davon unabhängig stehen nach der Annahme der UNB des Hochsauerlandkreises im räumlichen Zusammenhang zu der geplanten WEA 02 und 03 zwei bzw. vier bestehende WEA. Dabei handelt es sich um die Bestandsanlagen in Hessen (vgl. Karte 2 im LBP). Insofern ist unter Berücksichtigung der hier beantragten zwei WEA bei der WEA 02 mit vier zu berücksichtigenden WEA die Eurobeträge für „Windparks mit 3-5 Anlagen“ sowie bei der WEA 03 mit sechs zu berücksichtigenden WEA die Eurobeträge für „Windparks ab 6 Anlagen“ zugrunde zu legen. Es sei denn, die Auswahl der WEA im räumlichen Zusammenhang durch die UNB erfolge willkürlich und auch die Bestandsanlagen in Hessen wären nicht zu berücksichtigen.

Tabelle: Berechnung der Höhe der Ersatzzahlung für die geplante WEA 02 (ca. 249,5 m hohe WEA)

Wertstufe	Kostenfaktor [€]	Flächenanteil [ha]	Flächengewichtete Mittelung der Preise [€]
sehr gering / gering	75	51	589,27
mittel	160	737	
hoch	340	341	
sehr hoch	720	3.271	
Ersatzgeld			147.023,83

Tabelle: Berechnung der Höhe der Ersatzzahlung für die geplante WEA 03 (ca. 249,5 m hohe WEA)

Wertstufe	Kostenfaktor [€]	Flächenanteil [ha]	Flächengewichtete Mittelung der Preise [€]
sehr gering / gering	50	60	506,8
mittel	120	843	
hoch	280	312	
sehr hoch	640	3.185	
Ersatzgeld			126.446,60

Der in den Antragsunterlagen bzw. im Kapitel 5.1.4 vom Landschaftspflegerischen Begleitplan (SCHMAL + RATZBOR, 2024_A) sowie im Vermerk (SCHMAL + RATZBOR, 2025_B) ermittelte positive Effekt durch den Rückbau der Altanlage von 36.000,00 € ist nun bei den beiden WEA 02 und 03 zu berücksichtigen. Dadurch verringert sich der ermittelte Kompensationsbedarf von insgesamt 273.470,43 € (WEA 02 = 147.023,83 €; WEA 03 = 126.466,60 €) auf **237.470,43 €**.

Ferner sei angemerkt, dass die UNB unter Berücksichtigung der vorliegenden Informationen zur Mitwirkung bei der Ermittlung des Sachverhalts auch eigenständige Vorschläge für Nebenbestimmungen unterbreiten kann.

III. Artenschutzprüfung / Ergebnisbericht Avifauna

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Dabei sei auf den letzten Satz in § 45b Abs. 4 BNatSchG verwiesen, welcher sich auf Brutvorkommen zwischen dem zentralen Prüfbereich und erweiterten Prüfbereich (Radius von 1.200 bis 3.500 m) bezieht:

„Zur Feststellung des Vorliegens eines Brutplatzes nach Satz 1 sind behördliche Kataster und behördliche Datenbanken heranzuziehen; Kartierungen durch den Vorhabenträger sind nicht erforderlich.“

Insofern ergibt sich daraus kein Prüfauftrag für den Vorhabenträger. Davon unabhängig sei auf die Ausführungen unter Punkt IV verwiesen.

IV. Maßnahmen zur Konfliktvermeidung bzw. -minderung

a. Rotmilan

Die Einschätzung der UNB bezüglich der Annahme eines signifikant erhöhten Kollisionsrisikos gemäß § 45b Abs. 4 BNatSchG ist deutlich zu widersprechen. Dabei ist nach § 45b Abs. 4 Nr. 1 BNatSchG entscheidungsrelevant, ob *„die Aufenthaltswahrscheinlichkeit dieser Exemplare in dem vom Rotor überstrichenen Bereich der Windenergieanlage (...) aufgrund artspezifischer Habitatnutzung oder funktionaler Beziehungen deutlich erhöht“* ist.

Die Ausführungen der UNB folgend erscheint hier der Eindruck als versuche die UNB die durch großflächige intensive Landwirtschaft geprägten Offenlandbereiche südwestlich von Giershagen als besonders schutzwürdig bzw. essentiell für den Rotmilan darzustellen. Hingegen seien die als Vogelschutzgebiet, FFH-Gebiete, Naturschutzgebiete, geschützte Biotope, schutzwürdigen Biotope und Biotopverbundflächen ausgewiesenen Flächen nördlich, westlich und östlich der Horste bzw. des Windparks als Nahrungshabitate völlig ungeeignet (vgl. Karte 2 im Anhang).

Diese Annahmen sind vor dem Hintergrund der Habitatansprüche der Art und insbesondere aufgrund der im angrenzenden Diemeltal liegenden, großflächigen Grünlandbereiche aus fachgutachtlicher Sicht unzutreffend. Diese großflächigen Grünlandbereiche nördlich bis westlich der beiden Horste sind für Rotmilane als besonders geeignete Nahrungshabitate zu bewerten (siehe z.B. VG Hannover Urteil vom 22.11.2012 (Az.: 12 A 2305/11)). So entsprechen diese genau den Beschreibungen des LANUK, wonach *„Halboffene Kulturlandschaften (Acker- und Grünland, mit eingestreuten Feldgehölzen und Wäldern)“* das Brut- und Nahrungshabitat ausmachen. Ferner wird ausgeführt: *„Eine Abgrenzung von essenziellen Habitaten ist für den Rotmilan aufgrund seines großen Aktionsraumes und der Vielzahl der genutzten Offenland-Habitattypen in der Regel nicht erforderlich (Ausnahmen ggf. bei sehr waldreichen Gebieten)“*.³ Dabei zeigt die Karte 2 im Anhang eindrucksvoll, dass entgegen der Annahme der UNB keine Einkesselung vorliegt. So liegen auch nördlich von Giershagen bzw. westlich des nördlichen Brutplatzes sowie westlich und südlich des westlichen Brutplatzes von großflächiger intensiver Landwirtschaft geprägte Offenlandbereiche, welche von den Rotmilanen angeflogen werden könnten.

Auch der Hinweis mit dem erhöhten Kollisionsrisiko in dem südlich angrenzenden WP kann nicht verifiziert werden. So ist in der aktuellen Dürre-Liste⁴ aus dem angrenzenden WP „Adorf-Martenberg“ lediglich eine Meldung aus dem Mai 2023 bekannt. Vermutlich wird auf den WP „Adorf-Ringelsberg“ südlich der L 3078 in über 3 km Entfernung zum Vorhaben Bezug genommen. Hier wur-

3 Im Internet abrufbar unter: https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/gruppe/voegel/massn_stat/103013 (letzter Zugriff 20.11.2025)

4 DÜRR, T., 2025a. Vogelverluste an Windenergieanlagen in Deutschland. Dokumentation aus der zentralen Datenbank der Staatlichen Vogelschutzwarte im Landesamt für Umwelt Brandenburg zusammengestellt: Tobias Dürr; Stand vom: 26. Februar 2025.

den in den Jahren 2010 und 2011 im Herbst je ein toter Rotmilan sowie im Spätfrühling/Sommer 2014 zwei tote Rotmilane gemeldet.

Ferner entfalten nach dem wissenschaftlichen Kenntnisstand Windenergieanlagen bezogen auf den Rotmilan grundsätzlich keine Barrierewirkung.

Entsprechend sei auf die Prognose der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände bei der „Art-für-Art-Betrachtung“ in dem Artenschutzfachbeitrag (SCHMAL + RATZBOR, 2024B) beim Rotmilan verwiesen:

Rotmilan:

„An den anderen WEA-Standorten ist ein aktuelles Brutvorkommen im artspezifischen Nahbereich oder zentralen Prüfbereich gemäß Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG nicht vorhanden (vgl. Karte 2 im Anhang). Insofern wird im konkreten Fall die abstrakte Gefährdungsannahme einer radialen Betroffenheit der Art gemäß § 45b Abs. 2 und 3 BNatSchG nicht erfüllt. Es liegen jedoch ernst zu nehmende Hinweise auf besetzte Brutplätze im erweiterten Prüfbereich (3.500 m) vor. Unter Berücksichtigung der vorliegenden Untersuchungen vor Ort ist eine erhöhte Aufenthaltswahrscheinlichkeit weder aufgrund der artspezifischen Habitatnutzung noch funktionaler Beziehungen im Gefahrenbereich der WEA zu besorgen. Die räumliche Nutzung des Horstumfeldes durch Rotmilane ist saisonal deutlich unterschiedlich und im Wesentlichen vom Nahrungsangebot abhängig. Dabei kann die intensive ackerbauliche Nutzung von Flächen als ein bestandsbeschränkender Faktor für Rotmilanbrutpaare angesehen werden. Intensiv und häufig genutzte Nahrungshabitate, welche in einer funktionalen Beziehung mit dem Brutplatz stehen könnten, können beim Rotmilan als Nahrungs ubiquist z.B. Mülldeponien o.ä. sein. Insofern weisen die hier am konkreten Standort der geplanten WEA vorhandenen, intensiv genutzten Ackerflächen, wie sie überall im Raum vorhanden sind, keine Merkmale auf, welche eine deutlich erhöhte Aufenthaltswahrscheinlichkeit über die Dauer des Betriebs der WEA prognostizieren könnten. Im Ergebnis ist weder eine besondere Habitatnutzung noch besondere funktionale Beziehungen unter Berücksichtigung der Phänologie der Art an den geplanten WEA zu besorgen. Zwar können einzelne Flugaktivitäten im Nahbereich der WEA-Standorte nicht vollständig ausgeschlossen werden. Eine erhöhte Aufenthaltswahrscheinlichkeit von Individuen lässt sich daraus aber nicht ableiten, welches eine grundsätzliche signifikante Risikoerhöhung ergeben könnte.“

Des Weiteren fehlt eine Deltabetrachtung nach § 45c BNatSchG unter Berücksichtigung der Standorte der Altanlage und der Neuanlagen durch die UNB vollständig, wie sie im Vermerk vom 30.06.2025 zur Ermittlung des Sachverhaltes dargestellt ist.

Auch ist es irrelevant, ob

„... von einer signifikant erhöhten Aufenthaltswahrscheinlichkeit im geplanten Windpark sowohl im zentralen Prüfbereich (500 m – 1.200 m) als auch im erweiterten Prüfbereich (1.200 m – 3.500 m) der bekannten Brutplätze auszugehen ...“ (Stellungnahme vom 17.11.2025, S. 6 Abs. 2) sei.

Vielmehr ist zu prüfen, ob „... die Aufenthaltswahrscheinlichkeit dieser Exemplare in dem vom Rotor überstrichenen Bereich der Windenergieanlage [...] aufgrund artspezifischer Habitatnutzung oder funktionaler Beziehungen deutlich erhöht ...“ (§ 45b Abs. 4 Nr. 1 BNatSchG) ist. Die für die Risikoprognose relevante Fläche ist also wesentlich kleiner und konkret bestimmbar als die Fläche des „... geplanten Windparks ...“. Warum die vom Rotor überstrichene Fläche deutlich häufiger aufgesucht würde, als andere Bereiche der umgebenden Offenlandschaft wird nicht ausgeführt. Stattdessen werden „... Hinweise zur Nutzung des Habitats ...“ durch die VNV pauschal als Nachweis

der Tatbestandsfeststellung gewertet⁵. Die Aussagen der VNV in der Stellungnahme vom 07.04.2025 sind pauschal, unpräzise und entsprechen nicht den fachlichen Standards einer Raumnutzungsanalyse. Beobachtungen solcher Nutzungen von Nahrungshabitaten lassen sich an beliebiger Stelle des den Bereich der geplanten Anlagen umgebenden Offenlandes machen. Solche Hinweise sind daher unsubstantiiert. Sie könnten sich auf beliebige Flächen beziehen lassen, wenn dort entsprechende Beobachtungen durchgeführt worden wären. Für die Feststellung eines „... Nahrungshabitat für die bekannten Brutplätze ...“ (alle nicht mit Quellenangaben belegten Zitate sind der Stellungnahme vom 17.11.2025, S. 5 und 6 entnommen) mit essenzieller Bedeutung hätte ausgeschlossen werden müssen, dass die den Brutplatz nutzenden Exemplare andere potenzielle Nahrungshabitate nicht oder nur in einem so geringen Umfang nutzen, das erkennbar ist, dass die vom Rotor überstrichenen Bereiche der zu prüfenden Windenergieanlage ganz überwiegend und notwendigerweise der Ernährung des Brutpaares und der zu fütternden Jungvögel dienen oder nur durch die überstrichene Rotorfläche solche Nahrungshabitate erreicht werden können. Das ist bei einem Nahrungs ubiquisten wie dem Rotmilan generell nicht zu erwarten. Die für Rotmilane übliche Situation kann nicht risikoverstärkend sein.

Zusammenfassend erscheint hier der Eindruck, dass allgemeine Besorgnisannahmen beschrieben werden. Daher verwundert es auch nicht, dass die UNB ihre verallgemeinerte Besorgnis, wonach durch die geplanten WEA eine Betroffenheit von Rotmilanen vorliegen müsse, durch wissenschaftliche Erkenntnisse nicht belegen kann und sich somit mit ihrer Besorgnisannahme abseits des wissenschaftlichen Kenntnisstandes und der fachlichen Vorgaben (Artenschutzleitfaden NRW vom (MUNV & LANUV, 2024) und BNatSchG) positioniert.

Davon unabhängig sei angemerkt, dass die UNB unter Berücksichtigung der vorliegenden Informationen zur Mitwirkung bei der Ermittlung des Sachverhalts auch eigenständige Vorschläge für Nebenbestimmungen unterbreiten kann.

b. Fledermäuse

Die UNB scheint die Ausführungen im Vermerk vom 30.06.2025 zur Deltabetrachtung nach § 45c BNatSchG unter Berücksichtigung der Standorte der Altanlage und der Neuanlagen nicht zu berücksichtigen. Daher erscheint hier auch keine fachliche Diskussion möglich bzw. mit ihrer Besorgnisannahme positioniert sich die UNB abseits des wissenschaftlichen Kenntnisstandes und der fachlichen Vorgaben.

Die fachliche Empfehlung zu einem Abspaltungsszenario und einem Gondelmonitoring für ein Jahr an der Altanlage und ein Jahr an einer repräsentativen neuen WEA) im Vermerk vom 30.06.2025 wurde nur hilfsweise aufgrund von Prognoseunsicherheiten beschrieben.

Aufgrund der neuen Forschungsergebnisse bestehen diese Prognoseunsicherheiten nun nicht mehr. So wird in der neuen BfN-Publikation „Die Höhenverteilung von Fledermäusen an Windenergieanlagen“ (BEHR ET. AL., 2025) anhand von über 450 ausgewerteten Erfassungsjahren die Höhenverteilung der Fledermausaktivität modelliert. Pauschal kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass je ein Meter Mikrofonhöhe die mittlere Fledermausaktivität um 1,9 % abnimmt. Durch diesen publizierten Wert lässt sich nun im Fall eines Repowering und der Deltabetrachtung ein vertikales Akti-

⁵ Die VNV benutzte folgende Formulierung: „Die Freilandbereiche der Planungsfläche werden sowohl von den drei Rotmilanbrutpaaren als auch vom Schwarzmilan und von den Uhus intensiv als Nahrungshabitat und Flugkorridor genutzt (vgl. Daten NABU Marsberg). Daher ist dieser Raum unbedingt freizuhalten.“ (Stellungnahme der in NRW anerkannten Naturschutzverbände Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) NRW e. V. und Naturschutzbund Deutschland (NABU) NRW e. V. Vom 07.04.2025, S. 5)

vitäts-Verhältnis Neu-/Altanlage ableiten. Demnach kann für das konkrete Projekt mit seinen zwei ca. 249,5 m hohen Neuanlagen (Rotorunterkante 74,5 m) davon ausgegangen werden, dass in dieser Höhe mit 40,9 % mehr gemittelter Fledermausaktivität zu rechnen ist, wie sie in der Höhe der Altanlage zu erwarten ist (bei 15 m Rotorunterkante und 45 m Gesamthöhe).

In Kapitel 4.4 wird unter Berücksichtigung des vertikalen und horizontalen Aktivitätsgradienten ein Modell zum Vergleich der Schlagopferzahl in Abhängigkeit von der Größe der WEA dargestellt (vgl. Abbildung 30 – siehe unten). „Ist zum Beispiel das Integral der Aktivitätsdichte für eine WEA doppelt so hoch wie für die Referenz-WEA, so ist an der WEA auch mit einer doppelt so hohen Schlagopferzahl zu rechnen. Dem zugrunde liegt die Annahme einer linearen Korrelation der integrierten Aktivitätsdichte mit dem Schlagrisiko.“

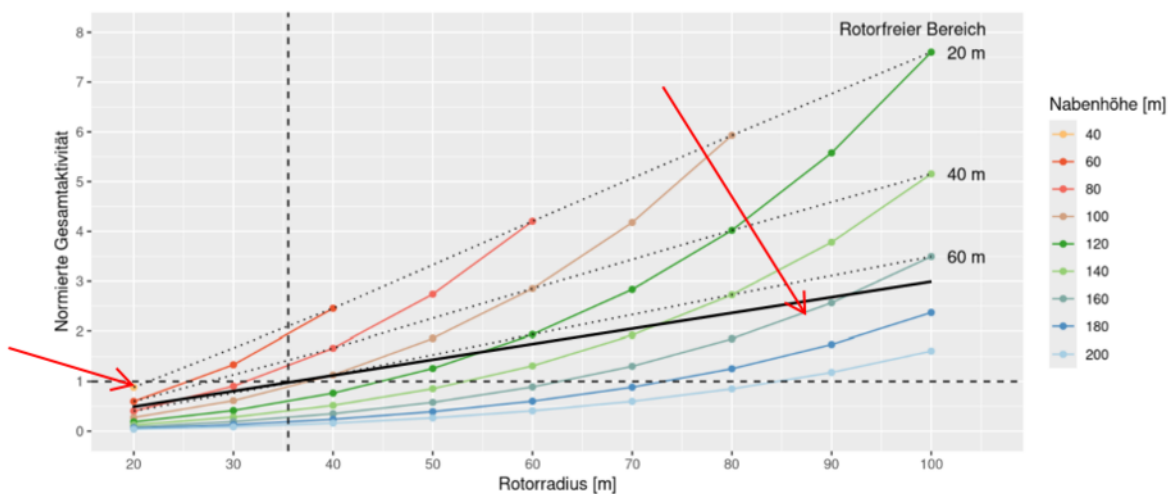


Abb. 30: Korrekturfaktor (y-Achse) für die aus der akustischen Aktivität berechnete Schlagopferzahl in

Demzufolge würde sich die normierte Gesamtaktivität von etwa 1 an der Bestandsanlage (linker roter Pfeil) auf ca. 2,3 pro Neuanlage (rechter Pfeil) bzw. insgesamt auf ca. 4,6 erhöhen. Insofern nimmt das denkbare Konfliktpotenzial entsprechend zu.

Daher erfolgt als fachlicher Vorschlag freiwillig durch den Vorhabenträger im laufenden Betrieb ein begleitendes Gondelmonitoring im Zeitraum 01.04. bis 31.10.2026 an der abzubauenen WEA nach der Methodik von BRINKMANN ET AL. (2011), BEHR ET AL. (2015) und BEHR ET AL. (2018) im Sinne des Artenschutzleitfadens NRW. Dadurch kann bei der abzubauenen WEA die Bestandssituation ohne fledermausfreundlichen Betrieb mittels ProBat (in der aktuellen Version 7.1g) ermittelt werden. Dabei müssen mindestens die Parameter Windgeschwindigkeit, Temperatur und elektrische Leistung (sowie ggf. Niederschlag) im 10min-Mittel erfasst werden. Die dadurch ermittelte abstrakte Gefährdung von Fledermäusen über die gesamte Aktivitätsperiode (April bis Oktober) an der Bestandsanlage pro Jahr, kann dann für die Neuanlagen als entsprechender Schwellenwert an Schlagopfer pro Jahr eingestellt werden, so dass gleichbleibende bzw. keine größeren Auswirkungen zu erwarten wären bzw. die Signifikanzschwelle nicht überschritten wird.

Davon unabhängig sind der Stellungnahme der UNB keine sachdienlichen Hinweise bezogen auf die vorliegende Signifikanzprüfung zu entnehmen. In der Stellungnahme der UNB fehlt eine eigenständige Signifikanzprüfung vollständig. So wird nicht erwogen, ob bereits durch das vereinzelte

Auftreten von Fledermäusen unter Berücksichtigung des Rückbaus einer Altanlage die Signifikanzschwelle überschritten werden kann. Offensichtlich wird in der Abwägung, entgegen den Maßgaben der gefestigten Rechtsprechung, bereits die Existenz irgendeiner „Aktivität“ mit der Auslösung des Tötungsverbot aus § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG gleichgesetzt. Auch ist zu berücksichtigen, dass mit der neuesten Version 7.1g eine Berechnung des fledermausfreundlichen Betriebes einschließlich 15. Juni bis 15. Oktober vom Tool vorgegeben wird. Eine Berechnung ab 1. April bis 31. Oktober wird aber empfohlen. Nur weil etwas „möglich“ erscheint oder „empfohlen“ wird, ist es vielleicht noch ein geeignetes, keinesfalls aber ein erforderliches und erst recht nicht das mildeste Mittel.

Auch entbehrt die Forderungen eines zweijährigen Gondelmonitorings den fachlichen Vorgaben, wonach grundsätzlich einjährige Bestandserfassungen ausreichend sind, und ist auch unter Berücksichtigung der Bestandskraft eines Bescheides nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG schwerlich zu vereinbaren.

V. Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung

a. Erhaltungsziele

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, wobei nicht ersichtlich ist, dass die gutachterlichen Darlegungen unzureichend wäre.

Zunächst sei angemerkt, dass entgegen der Annahme der UNB unter Berücksichtigung der VV-Habitatschutz vom 06.06.2016 vom MKULNV des Landes NRW nicht die UNB die eingereichten Unterlagen prüft oder die FFH-Verträglichkeitsprüfung durchführt, sondern die verfahrensführende Behörde (vgl. Kapitel 4.4 der VV-Habitatschutz). Die verfahrensführende Behörde holt lediglich eine Stellungnahme der UNB ein (vgl. Kapitel 4.4.1.4 der VV-Habitatschutz).

Auch setzt nicht „... Kapitel 4.1.3.1 der VV-Habitatschutz [...] die Maßstäbe (Prüfungsumfang) fest.“ (Stellungnahme vom 17.11.2025, S. 6 Abs. 6.) Maßstäbe der Prüfung bestimmt § 34 Abs. 2 i.V.m. Abs. 1 Satz 2 BNatSchG. Verwaltungsvorschriften oder Erlasse konkretisieren unbestimmte Rechtsbegriffe oder engen behördliche Ermessensspielräume behördenverbindlich ein. Soweit ein Natura 2000-Gebiet ein geschützter Teil von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Absatz 2 BNatSchG ist, ergeben sich die Maßstäbe für die Verträglichkeit aus dem Schutzzweck und den dazu erlassenen Vorschriften.

Die Erhaltungsziele für das FFH-Gebiet „GEWÄSSERSYSTEM DIEMEL UND HOPPECKE“ ergibt sich aus der Fachinformation zu Natura 2000-Gebieten in NRW⁶, genauer aus der dort unter der Überschrift „Erhaltungsziele und Erhaltungsmaßnahmen“ herunterzuladenden pdf-Datei. Die Erhaltungsziele für das VOGELSCHUTZGEBIET „DIEMEL- UND HOPPECKETAL MIT ANGRENZENDEN WÄLDERN“ sind ebenfalls über die Fachinformation zu Natura 2000-Gebieten in NRW⁷ unter der Überschrift „Erhaltungsziele und Erhaltungsmaßnahmen“ als pdf-Datei herunterzuladen.

Sämtliche Erhaltungsziele sind dort auf rund zehn Seiten zum FFH-Gebiet und auf rund vier Seiten zum Vogelschutzgebiet dargestellt. Sämtliche Erhaltungsziele - auch artspezifische - sind auf Lebensräume sowie deren abiotischen Standortfaktoren oder auf Brutplätze von Vögeln bezogen.

⁶ <https://natura2000-meldedok.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/fachinfo/listen/meldedok/DE-4617-302>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2025.

⁷ <https://natura2000-meldedok.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedok/de/fachinfo/listen/meldedok/DE-4517-401>, zuletzt aufgerufen am 10.12.2025.

Da die zu prüfenden Anlagen mindestens 680 m bis 1.785 m von den Schutzgebietsgrenzen entfernt sind, ergibt sich die mögliche Fernwirkung moderner Windenergieanlagen auf Lebensräume relevanter Arten - als eigenständiger Tatbestand und nicht als Bewertung konkreter Verbote - möglicherweise aus dem Artenschutzleitfaden NRW, Tab. 2C, S. 64 (MUNV & LANUV, 2024). Dort ist für störungsempfindliche Vogelarten ein zentraler Prüfbereich zwischen 100 m und 3.000 m genannt. Von den, für die weitgehend deckungsgleichen Natura 2000-Gebieten relevanten Vogelarten ist nur der Schwarzstorch mit einem zentralen Prüfbereich von 3.000 m aufgeführt. Insofern kann allenfalls der Lebensraum dieser Vogelart durch Fernwirkungen des Vorhabens beeinträchtigt werden. Daher werden im Folgenden die Erhaltungsziele im Einzelnen geprüft.

Folgende Erhaltungsziele sind benannt:

A030 Schwarzstorch (*Ciconia nigra*)

1. Erhaltung und Entwicklung von großflächigen, störungsarmen, strukturreichen Laub- und Mischwäldern mit einem hohen Altholzanteil (v.a. Eichen und Buchen).
2. Vermeidung der Zerschneidung geeigneter Waldgebiete (z.B. Straßenbau, Windparks).
3. Erhaltung und Entwicklung von naturnahen Bächen, Feuchtwiesen, Feuchtgebieten, Sümpfen, Waldtümpeln als Nahrungsflächen (z.B. Entfichtung der Bachauen, Neuanlage von Feuchtgebieten, Offenhalten von Waldwiesen).
4. Verbesserung des Wasserhaushaltes zur Stabilisierung eines hohen Grundwasserstandes im Bereich von Nahrungsgewässern.
5. Erhaltung der Horstbäume mit einem störungsarmen Umfeld. Einrichtung von Horstschutzzonen (mind. 200 m Radius um den Horst; z.B. keine forstlichen Arbeiten zur Brutzeit; außerhalb der Brutzeit möglichst nur Einzelstammentnahme).
6. Vermeidung von Störungen an den Brutplätzen und Nahrungsflächen (März bis August).
7. Lenkung der Freizeitnutzung im großflächigen Umfeld der Brutvorkommen.
8. Entschärfung bzw. Absicherung von gefährlichen Strommasten und Freileitungen.

Keines dieser Erhaltungsziele für das Vogelschutzgebiet wird von den beiden WEA außerhalb der Schutzgebiete auch nur berührt. Eine Betroffenheit könnte für das erste und sechste Erhaltungsziel gesehen werden. Tatsächlich wird der Betrieb und die zu beurteilenden Anlagen an sich innerhalb der Wälder der Schutzgebiete, die als Brutwälder des Schwarzstorchs aktuell oder zukünftig in Frage kommen könnten, optisch oder akustisch nicht wahrnehmbar sein – auch nicht für die feineren Sinne von wildlebenden Tieren. Dies ist bereits offensichtlich, lässt sich aber auch durch eine angepasste Schallprognose nachweisen. Die geringe Störungsempfindlichkeit brütender Schwarzstörche belegt u.a. die nachträgliche Ansiedlung von Störchen im nahen Umfeld einer WEA-Baustelle im Kreis Paderborn beim Merscheltal nördlich von Lichtenau. Ansonsten ist das Störungspotenzial einer betriebenen WEA weit über den Baumkronen eines Waldes weitaus größer als das einer nur zeitweilig bzw. zeitlich begrenzt betriebenen Baustelle, die mehr als 200 m vom Horst entfernt ist. Wäre es anders, müsste die Horstschutzzone von 200 m für forstliche Arbeiten, die regelmäßig mit Großmaschinen und LKW-Transporten verbunden sind, deutlich erweitert werden. Das ist offensichtlich weder bezweckt noch gefordert.

Insofern sind in Folge des Projekts keine erheblichen Beeinträchtigungen des Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen festzustellen. Das Vorhaben

ist bereits bei einer strikten Anwendung der Zulassungsvoraussetzungen nach § 34 Abs. 2 i.V.m. Abs. 1 Satz 2 BNatSchG zulässig.

Dennoch soll im Weiteren auf die sich möglicherweise aus der Stellungnahme vom 17.11.2025 ergebende Vorstellung der UNB zur Natura 2000 Prüfung, die auch Grundlage des vorgelegten Fachbeitrags war, eingegangen werden.

Unter Berücksichtigung, dass sich die geplanten WEA-Standorte selbst sowie deren Baustellenflächen nicht in einem FFH-Gebiet oder Vogelschutzgebiet befinden und somit direkte Auswirkungen des geplanten Projekts auf die Natura 2000-Gebiete grundsätzlich nicht stattfinden, erfolgte eine Darlegung insbesondere in Hinsicht auf die anlage- und betriebsbedingten Auswirkungen des Vorhabens gemäß der VV-Habitatschutz vom 06.06.2016 und dem Leitfaden zur „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen“ vom 12.04.2024 (MUNV & LANUV, 2024). Davon unabhängig wurden aber auch in Kapitel 6 bau-, anlage- und betriebsbedingte Auswirkungen auf alle relevanten Arten geprüft (SCHMAL + RATZBOR, 2024c).

Zusammenfassend ergibt sich, dass unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen des Vorhabens von außen sowie der Schutzmaßnahmen und Erhaltungsziele lediglich die Sicherung und Förderung der Brutpopulationen durch den Erhalt störungsarmer Brutplätze und Horstschutzzonen sowie Vermeidung von Störungen an den Brutplätzen prüfungsrelevant ist. Dies wurde im vorliegenden Fachbeitrag zur Natura 2000-Prüfung in Kapitel 6.2 ausführlich dargestellt.

b. FFH-Gebiet „Gewässersystem Diemel und Hoppecke“

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Auflistungen sind entsprechend auszutauschen:

Bedeutsame Vorkommen von weiteren Fledermaus- und Vogelarten im Gebiet:

Eisvogel, Rotmilan, Uhu, Schwarzspecht und Schwarzstorch sowie Abendsegler, Fransenfledermaus, Graues Langohr, Kleine Bartfledermaus, Teichfledermaus, Wasserfledermaus und Zwergfledermaus.

Von den bedeutenden Arten des FFH-Gebietes werden in Anlage 1 zu § 45 b BNatSchG bzw. in Anhang 2 des Artenschutzleitfadens NRW Rotmilan, Uhu und Schwarzstorch sowie Abendsegler und Zwergfledermaus als WEA-empfindliche Arten genannt.

Im Folgenden werden in der Tabelle 1 die ökologischen Informationen der in der Begründung für die Ausweisung explizit genannten WEA-empfindlichen Arten zusammengefasst:

Tabelle 1: Ökologische Informationen bedeutsamer WEA-empfindlicher Arten des FFH-Gebietes „Gewässersystem Diemel und Hoppecke“

Art	Population	Gebietsbeurteilung			
	Anzahl Paare (Brütend)	Population	Erhaltung	Isolierung	Gesamtbewertung
Rotmilan	1-5 Individuen				
Uhu	3				
Schwarzstorch	1				

Legende siehe auf Seite 18 zur Tabelle 5

c. Vogelschutzgebiet „Diemel- und Hoppecketal mit angrenzenden Wäldern“

Den selektiven Ausführungen der UNB zur Pressemitteilung vom 12. September 2025 des BVerwG (Urteil vom 11. September 2025 - 7 C 10.24) sind deutlich zu widersprechen. Zunächst einmal der entscheidende Absatz im Wortlaut:

„Das Bundesverwaltungsgericht hat die Revision der beigeladenen Trägerin des Vorhabens zurückgewiesen und das Erfordernis eines ergänzenden Verfahrens bestätigt, innerhalb dessen die fehlende Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung nachzuholen sein wird. Zwar erstreckt sich der Natura 2000-Gebietsschutz grundsätzlich nicht auf gebietsexterne Flächen, auch wenn diese von im Gebiet ansässigen Vorkommen geschützter Tierarten genutzt werden. Gleichwohl sind im vorliegenden Einzelfall erhebliche Beeinträchtigungen des Vogelschutzgebiets auf der Grundlage der tatsächlichen Feststellungen des Obergerichtes nicht offensichtlich ausgeschlossen. Zum einen können hiernach bereits Einzelverluste des Rotmilans dessen Erhaltungszustand im Schutzgebiet erheblich beeinträchtigen. Zum anderen werden die genehmigten Windenergieanlagen wiederkehrend von im Vogelschutzgebiet lebenden Rotmilanen zur Nahrungssuche in Richtung des benachbarten Flora-Fauna-Habitat-Gebiets überquert.

Die behördliche Prüfung, ob das genehmigte Vorhaben dem artenschutzrechtlichen Tötungsverbot gerecht wird, ist demgegenüber nicht zu bemängeln.“

Daraus ergibt sich, dass nach Ansicht des BVerwG nicht bereits Einzelverluste zu einer erheblichen Beeinträchtigung des VSG führen könnten, sondern dass diese aufgrund der Feststellungen des OVG Lüneburg nicht offensichtlich ausgeschlossen werden können und daher zu prüfen sein. Insofern ergibt sich hieraus ein Prüfauftrag, welcher im konkreten Fall ausgeführt wurde.

Bezüglich der strikten Trennung zwischen der gebietsbezogenen Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung im Sinne von §§ 32 und 34 BNatSchG auf der einen Seite und dem individuenbezogenen §§ 44, 45b BNatSchG sei auch auf das aktuelle Urteil des OVG Münster vom 29.09.2025 (22 D 227/24.AK) verwiesen, welches sich ebenfalls auf die Pressemitteilung vom 12. September 2025 des BVerwG (Urteil vom 11. September 2025 - 7 C 10.24) bezieht. Vielleicht tragen die dortigen Ausführungen, welche folgend beispielhaft dargelegt werden, zur Sachverhaltsaufklärung der UNB bei.

„Bei einer wie vorliegend selbst nach dem Vortrag der Klägerin allein in Betracht kommenden Gebietsbeeinträchtigung von außen ist es grundsätzlich nicht zu beanstanden, aus der prognostisch fehlenden Verletzung der artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote auf ein fehlendes erhebliches Beeinträchtigungspotenzial für ein benachbartes FFH- oder Vogelschutzgebiet im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung zu schließen. Dies entspricht nicht nur den Vorgaben des Artenschutzleitfadens, der nach ständiger Rechtsprechung des erkennenden Gerichts grundsätzlich naturschutzfachlich Vertretbares abbildet,

vgl. nur OVG NRW, Urteile vom 1. März 2021 - 8 A 1183/18 -, BauR 2021, 1105 = juris Rn. 156 ff.; vom 29. November 2022 - 22 A 1184/18 -, ZNER 2023, 53 = juris Rn. 198, 228, 241, 247 ff., und vom 25. September 2024 - 7 D 117/23.AK -, BauR 2024, 1806 = juris Rn. 80 f.; allgemein zur Heranziehbarkeit solcher Leitfäden BVerwG, Urteil vom 19. Dezember 2023 - 7 C 4.22 -, BVerwGE 181, 186 = juris Rn. 30 ff.,

sondern liegt zumindest bei einer in Rede stehenden Verletzung des Tötungsverbots nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nach den oben dargestellten Maßstäben vernünftiger Zweifel auch auf der Hand. Denn zumindest bei (nur) kollisionsgefährdeten Vogelarten (wie hier dem Rotmilan und der Wiesen-

weihe) erschließt sich – jenseits einer hier offensichtlich ausscheidenden Abriegelung – nicht, wie ein (zusätzliches) habitatschutzrechtliches Problem eines außerhalb des Gebiets geplanten Projekts entstehen sollte, wenn es das Tötungsrisiko gerade nicht signifikant erhöht.“ (vgl. Rdnr.: 118-120)

Die Ausführungen der UNB, das ein Pufferabstand von 300 m zu Natura 2000-Gebieten fachlich längst überholt sei, ist vor dem Hintergrund des Windenergieerlasses NRW vom MWIDE, MULNV & MHKBG (2018) und dem aktuellen Artenschutzleitfaden NRW deutlich zu widersprechen. Davon unabhängig wurde der Prüfungsauftrag gemäß der fachlichen und gesetzlichen Vorgaben in Kapitel 6.2 bzw. S. 23 ff. im vorliegenden Fachbeitrag zur Natura 2000-Prüfung entsprechend dargestellt. Den Ausführungen der UNB sind keine abweichenden Sachverhalte zu entnehmen. Hierzu sei Folgendes nochmals ausführlich dargestellt:

Im konkreten Fall bleibt die Lage der Brutplätze und Revierzentren zu den WEA-Standorten durch das Repowering hinsichtlich der abzubauenen und der neuen WEA, bezogen auf die Prüfbereiche, im Wesentlichen unverändert. So befinden sich sowohl die Altanlage als auch die neuen WEA außerhalb der Nahbereiche und zentralen Prüfbereiche WEA-empfindlicher Vogelarten. Ferner liegen die Natura 2000-Gebiete ab ca. 680 m Entfernung zum Mastmittelpunkt der geplanten WEA 02 und 03.

Es geht „... im Rahmen des Habitatschutzes nicht um den Schutz einzelner Individuen, sondern nur um den Schutz der betreffenden Art vor Einflüssen [...], die sich langfristig auf die Verbreitung und die Größe der Populationen der betreffenden Art auswirken können ...“ (BVerwG U.v. 13.05.2009 Az.: 9 A 73-07, Rn 59). Unter Berücksichtigung der Schutzmaßnahmen und Erhaltungsziele ist die Sicherung und Förderung der Brutpopulationen durch den Erhalt störungsarmer Brutplätze und Horstschutz zonen zu gewährleisten. Die Brutplätze und Horstschutz zonen der genannten Arten betragen gemäß der Dienstanweisung „Artenschutz im Wald“ des MULNV vom 17.02.2021⁸ und den Artenschutz- und Naturschutzinformationen des LANUK⁹ einen Radius von 100 m beim **Baumfalken**, **Uhu** und **Wanderfalk**, 200 m beim **Rotmilan**, **Schwarzmilan** und **Wespenbussard** sowie 300 m beim **Schwarzstorch** um den jeweiligen Horst. Diese Horstschutz zonen (100 bis 300 m-Radius) werden durch das Vorhaben nicht tangiert, so dass erhebliche Beeinträchtigungen auf die Schutzmaßnahmen und Erhaltungsziele offensichtlich ausgeschlossen werden können. Zudem werden aufgrund des fehlenden Meideverhaltens, die kollisionsgefährdeten Brutvögel auch grundsätzlich nicht daran gehindert das Schutzgebiet zu erreichen oder zwischen Nahrungs- und Brutplätzen zu pendeln. Hinsichtlich des störungsempfindlichen Schwarzstorches sind keine Brutvorkommen im zentralen Prüfbereich der Art bekannt. Zudem stellt der Vorhabensbereich kein potenziell geeignetes Nahrungshabitat dar, so dass auch keine funktionalen Beziehungen zwischen dem Vogelschutzgebiet und dem Geltungsbereich zu besorgen sind. Vor diesem Hintergrund können funktionale Beziehungen zwischen dem Vogelschutzgebiet und dem Geltungsbereich offensichtlich ausgeschlossen werden.

Bezüglich der kollisionsgefährdeten Vogelarten (Rotmilan, Schwarzmilan und Uhu) sind zu beachtende Brutplätze im Umfeld des Vorhabens vorhanden. Jedoch ist ein aktuelles Brutvorkommen im artspezifischen Nahbereich oder zentralen Prüfbereich gemäß Anlage 1 Abschnitt 1 BNatSchG nicht vorhanden. Insofern wird im konkreten Fall die abstrakte Gefährdungsannahme einer radialen Betroffenheit der Arten gemäß § 45b Abs. 2 und 3 BNatSchG nicht erfüllt. Die anderen beim VSG zu

⁸ Im Internet abrufbar unter: https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/web/babel/media/20210217_da_artenschutz_im_wald.pdf

⁹ Im Internet für jede Art unter „Artenschutzmaßnahmen“ – „Status und Habitat“ abrufbar unter: <https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/de/arten/gruppe/voegel/liste>

betrachtenden Vogelarten (Baumfalke, Schwarzstorch und Wespenbussard) sowie charakteristischen Vogelarten in den FFH-Gebieten (Wanderfalke) wurden entweder gar nicht (Baumfalke, Wanderfalke) oder als sehr seltener Nahrungsgast/Überflieger (Schwarzstorch und Wespenbussard) erfasst. So wurde der Schwarzstorch mehrmals im Bereich der Rhene und Diemel ab ca. 1,6 km Entfernung zu den geplanten WEA 02 und 03 sowie der Wespenbussard einmalig in über 1 km Entfernung gesichtet.

Ferner sind nach dem besten wissenschaftlichen Erkenntnisstand die Kollisionsverluste an WEA nicht so hoch, dass dies zu einem wesentlichen Rückgang der betroffenen Vogelbestände führen könnte. Vogelverluste durch Kollisionen an WEA sind damit in der Regel nicht populations- oder bestandswirksam (vgl. Kapitel 6.2 S. 28 ff. der Natura 2000-Prüfung SCHMAL + RATZBOR (2024c)). Vor diesem Hintergrund sind unter Berücksichtigung des aktuellen Kenntnisstandes und der konkreten räumlichen Situation keine erheblichen Beeinträchtigungen auf die Schutzmaßnahmen und Erhaltungsziele zu erwarten.

Im Ergebnis ergibt die Überprüfung der indirekten, betriebsbedingten Wirkungen des Vorhabens auf die im VSG genannten, vorkommenden WEA-empfindlichen Arten keine Betroffenheit. Eine erhebliche Beeinträchtigung der in den Schutzgebieten vorkommenden, wertbestimmenden Tierarten sowie der relevanten, charakteristischen Arten der Lebensraumtypen konnte ebenfalls nicht festgestellt werden. Durch Vermeidungsmaßnahmen, wie z.B. eine Bauzeitenbeschränkung, lassen sich anlagen- und baubedingte Beeinträchtigungen verhindern. Insofern ist eine erhebliche Beeinträchtigung nicht zu erwarten.

Der Wunsch, die Abbildungen 5-7 auszutauschen wird zur Kenntnis genommen und entsprechend der Ausschnitt verkleinert. Eine Manipulation der Karten des LANUK wird aus fachgutachterlicher Sicht entschieden abgelehnt. Dabei sei angemerkt, dass die Verbreitungskarten vom Grauspecht, Neuntöter und Raubwürger im Vogelschutzgebiet im Rahmen der ersten Anhörung mit dem 2. Gebietsvorschläges vom LANUK mit Stand: 28.10.2020 veröffentlicht wurden. Die dort veröffentlichten Nachweise vom Grauspecht, Neuntöter und Raubwürger finden sich auch im LINFOS und wurden in der Abbildung 8 bezogen auf das Vorhabensumfeld dargestellt. Insofern ergibt sich daraus kein neuer Erkenntnisgewinn gegenüber den vorliegenden Abbildungen und ist für die Sachverhaltsermittlung unerheblich. Die geforderte Darstellung ist aus fachlicher Sicht überflüssig.

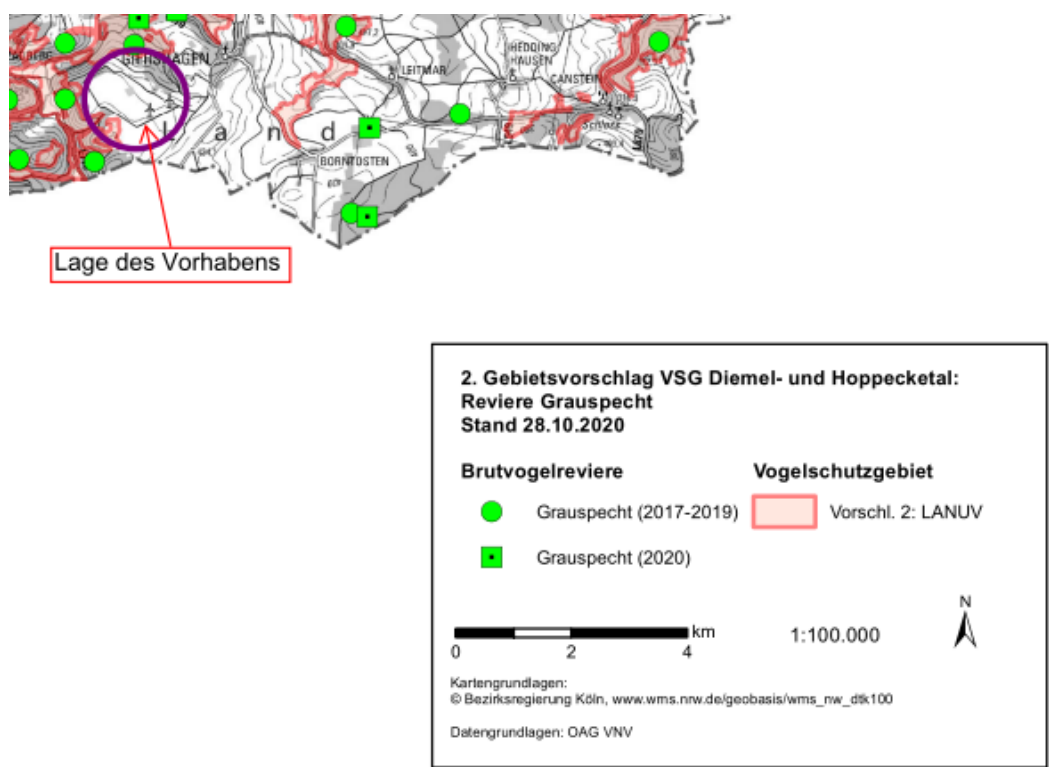


Abbildung 5: Verbreitungskarte zum Grauspecht

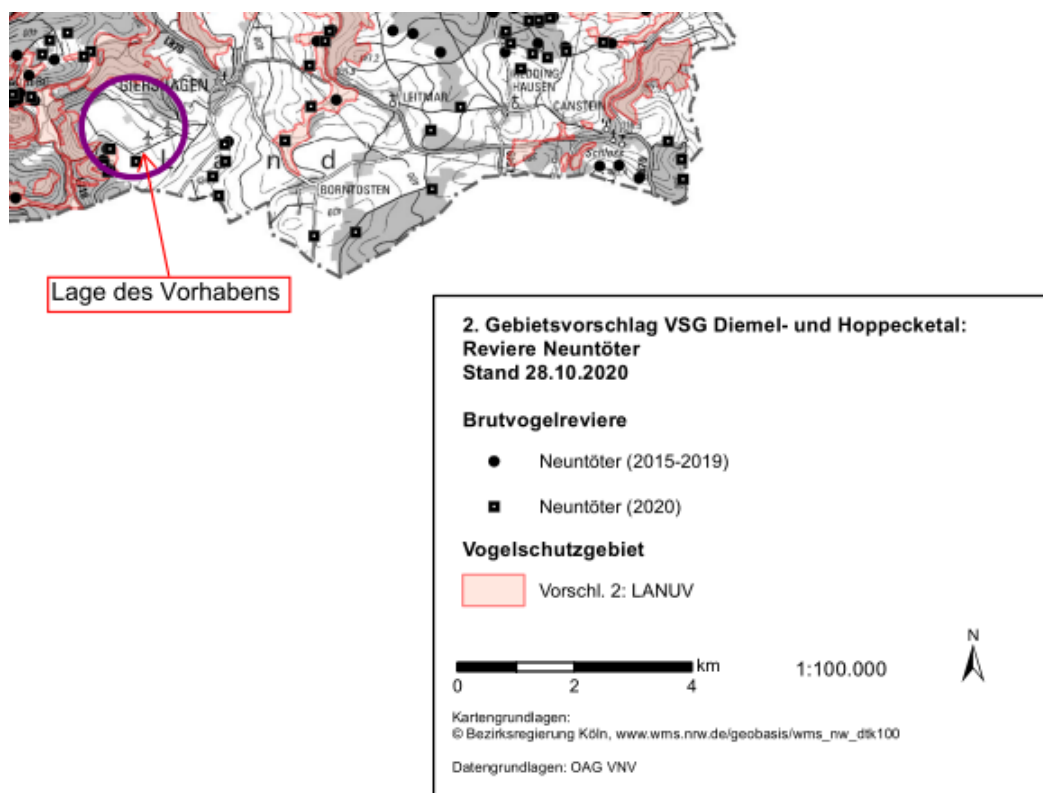


Abbildung 6: Verbreitungskarte zum Neuntöter

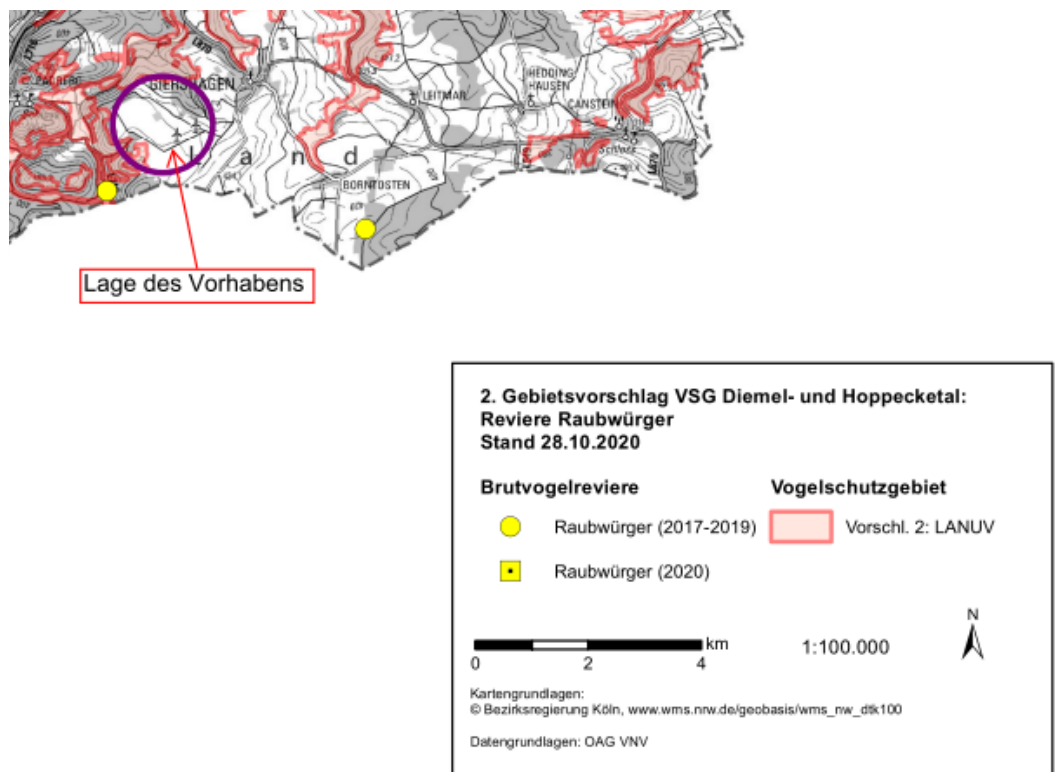
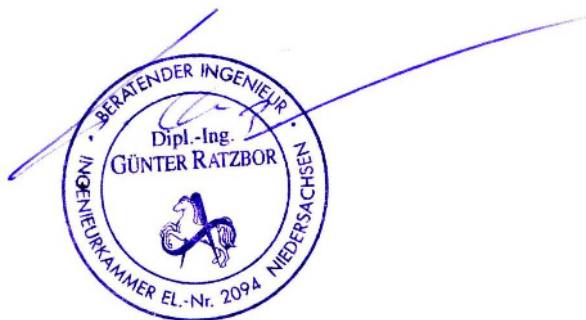


Abbildung 7: Verbreitungskarte zum Raubwürger

VI. Redaktionelles

Die redaktionellen Hinweise werden zur Kenntnis genommen und werden, sollten die Antragsunterlagen überarbeitet werden, entsprechend berücksichtigt.

Lehrte, d. 11.12.2025



VII. Literaturverzeichnis

BEHR, OLIVER, SÖREN GREULE, JOHANNA GRIMM, CHRISTOF HAPP, FRÄNZI KORNER-NIEVERGELT UND FLORIAN STEHR, 2025. Die Höhenverteilung von Fledermäusen an Windenergieanlagen - Ergebnisse des F + E Vorhabens: „Bewertung der derzeitigen Signifikanzschwelle für Fledermäuse und Windenergieanlagen sowie vergleichende Erfassung von Fledermäusen mit zusätzlichen Turmmikrofonen an Windenergieanlagen“ (FKZ 3521 86 0300). BfN-Schriften 741 / 2025.

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INNOVATION, DIGITALISIERUNG UND ENERGIE, MINISTERIUM FÜR UMWELT, LANDWIRTSCHAFT, NATUR- UND VERBRAUCHERSCHUTZ, MINISTERIUM FÜR HEIMAT, KOMMUNALES, BAU UND GLEICHSTELLUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN, 2018. Erlass für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen und Hinweise für die Zielsetzung und Anwendung (Windenergie-Erlass). Vom 08.05.2018. Gemeinsamer Runderlass.

SCHMAL + RATZBOR, 2024B. Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zur artenschutzrechtlichen Prüfung (ASP) der Stufe II - Windenergieprojekt „Giershagen“ - Errichtung und Betrieb von sieben WEA und Rückbau von einer WEA - Gemeinde Marsberg, Hochsauerlandkreis, Nordrhein-Westfalen. Im Auftrag der WEPA GREEN GmbH. Stand: 28.11.2024.

SCHMAL + RATZBOR, 2024C. Fachbeitrag zur Natura 2000-Prüfung - Windenergieprojekt „Giershagen“ - Errichtung und Betrieb von sieben WEA und Rückbau von einer WEA Gemeinde Marsberg, Hochsauerlandkreis, Nordrhein-Westfalen - ergänzende Unterlage zu den Prüfprotokollen des LANUV. Im Auftrag der WEPA GREEN GmbH. Stand: 28.11.2024.

SCHMAL + RATZBOR, 2024A. Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) - Windenergieprojekt „Giershagen“ - Errichtung und Betrieb von sieben WEA und Rückbau von einer WEA - Gemeinde Marsberg, Hochsauerlandkreis, Nordrhein-Westfalen. Im Auftrag der WEPA GREEN GmbH. Stand: 09.12.2024.

SCHMAL + RATZBOR, 2025A. Vermerk zum Kompensationskonzept zum Antrag gemäß § 4 und §16b BImSchG für die Errichtung von sieben und den Abbau von einer WEA im WP „Giershagen“. Stand: 03.11.2025.

SCHMAL + RATZBOR, 2025B. Vermerk zur Stellungnahme der uNB des Hochsauerlandkreises zum Antrag gemäß § 16b BImSchG für die Errichtung und den Abbau einer WEA im WP „Giershagen“. Stand: 17.06.2025.

MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND VERKEHR DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (MUNV) & LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (LANUV), 2024. Leitfaden "Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen - Modul A: Genehmigungen außerhalb planerisch gesicherter Flächen/Gebiete. 2. Änderung. Stand 12.04.2024.